Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 188 (2022)

Heft: 5

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Eine Boeing EA-18G Growler. Bild: Wikimedia

USA

Kampfflugzeuge nach Deutschland

Die US-Streitkräfte verlegen angesichts des russischen Angriffskriegs in der Ukraine sechs Flugzeuge zur elektronischen Kampfführung nach Deutschland. Die sechs Boeing-Kampfflugzeuge der US-Marine vom Typ «EA-18 Growler» würden aus dem nordwestlichen Bundesstaat Washington kommend auf den US-Stützpunkt Spangdahlem in Rheinland-Pfalz verlegt, erklärte der Sprecher des Verteidigungsministeriums, John Kirby. Mit den Flugzeugen würden rund 240 Soldaten verlegt.

Die Kampfflugzeuge sind Kirby zufolge zum Beispiel bei der Ausschaltung der Luftabwehr eines feindlichen Staats von Nutzen. Die Elektronik der Maschinen kann feindliches Radar in die Irre führen. Kirby betonte, die Maschinen sollten nicht gegen das russische Militär in der Ukraine eingesetzt werden, sondern der Stärkung der NATO-Ostflanke und der Abschreckung gegenüber Russland dienen.

US-Präsident Joe Biden hat die Präsenz der US-Streitkräfte in Europa seit Anfang des Jahres angesichts der grösseren Bedrohung durch Russland deutlich ausbauen lassen. Ihre Zahl ist von rund 80 000 auf gut 100 000 gestiegen. Die jüngste Verstärkung wurde vor allem in die Länder der NATO-Ostflanke geschickt, darunter jene im Baltikum, Polen und Rumänien. In Deutschland sind rund 35 000 US-Soldaten stationiert. *Sc*

USA

Rekordbudget fürs Militär

US-Präsident Joe Biden hat den Kongress um die höchsten Militärausgaben gebeten, die die USA in Friedenszeiten je hatten. Bidens Plan sieht für das Fiskaljahr 2023 einen Haushalt mit einem Umfang von knapp 5,8 Billionen US-Dollar vor. Das Defizit soll 1,15 Billionen Dollar betragen und damit 1,3 Billionen weniger als im Vorjahr. Allein das Verteidigungsministerium soll 773 Milliarden Dollar erhalten. In Kombination mit anderen Ausgaben würde dies zu einem Gesamtetat für die nationale Sicherheit von mehr als 800 Milliarden Dollar führen. Darin enthalten sind eine Milliarde Dollar an zusätzlicher Hilfe für die Ukraine, um «auf die Aggression von (Russlands Präsident Wladimir) Putin zu reagieren».

Bei der Bekanntgabe des Haushaltsvorschlags sagte Verteidigungsminister Lloyd Austin: «Wir beantragen [...] mehr als 40,8 Milliarden Dollar für die Marine (Navy), darunter neun weitere Kampfschiffe, und fast 12,6 Milliarden Dollar für die Modernisierung von Kampffahrzeugen der Armee und des Marine Corps. Wir beantragen in diesem Haushalt mehr als 130,1 Milliarden Dollar für Forschung und Entwicklung – so viel wie noch nie.»

Der Haushalt sieht vor, auch das Nuklearprogramm voranzutreiben. Darin enthalten sind 35,4 Milliarden Dollar für die «Entwicklung, Beschaffung und Modernisierung» der US-Atomwaffen, unter anderem 6,3 Milliarden für das ballistische Raketen-U-Boot der Columbia-Klasse, 5 Milliarden für den Langstreckenbomber B-21, 3,6 Milliarden für die bodengestützte strategische Abschreckung, eine neue Klasse von ballistischen Interkontinentalraketen sowie 1 Milliarde für die Long-Range Stand-Off Missile, eine neue Generation von nuklearen Marschflugkörpern.

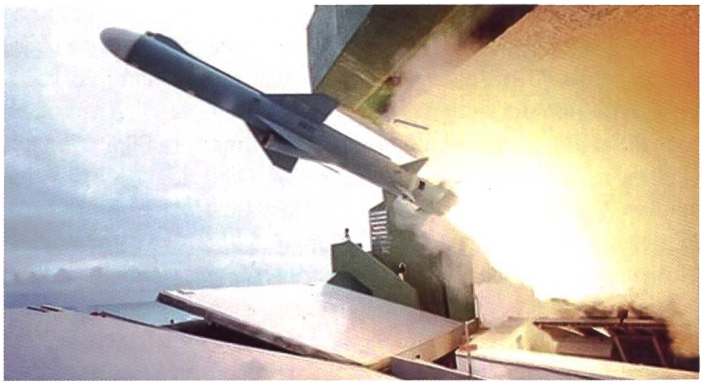
Darüber hinaus sieht der Haushalt 56,5 Milliarden Dollar für «Lethal Air Forces» vor, darunter den Kauf von 61 F-35 Joint Strike Fighters zum Preis von 11 Milliarden. Weitere 25 Milliarden sind für die Raketenabwehr vorgesehen, 7,2 Milliarden für Langstreckenwaffen, einschliesslich Hyperschallraketen, und 27 Milliarden für die unter dem früheren Präsidenten Trump geschaffene «Space Force.» *Sc*

TAIWAN

Taiwan analysiert Ukraine-Krieg für eigene Militärstrategie

Die Militärstrategen in Taiwan studieren das russische Vorgehen und den ukrainischen Widerstand genau. Sie wollen eine eigene Kampfstrategie für den Fall entwickeln, dass der riesige Nachbar China seine Drohung wahr macht, die Insel mit Gewalt einzunehmen. Obwohl Taiwans Regierung bisher keine ungewöhnlichen Aktivitäten des chinesischen Militärs meldet, hat sie ihre Alarmstufe erhöht. Hintergrund ist, dass China die Insel als sein eigenes Territorium betrachtet und seine Rhetorik in den vergangenen Jahren deutlich verschärft hat.

Hauptaugenmerk der Sicherheitsexperten in Taiwan liegt auf Russlands Einsatz von Präzisionsraketen und dem offenbar effektiven Widerstand der zahlenmässig und waffentechnisch unterlegenen Ukraine. Denn auch die taiwanischen Streitkräfte sind denen der kommunistischen Supermacht Chinas deutlich unterlegen. Die taiwanische Präsidentin Tsai Ing-wen befürwortet deshalb eine «asymmetrische Kriegsfüh-



Eine Hsiung-Feng-IIE-Rakete. Bild: Wikimedia

rung», um ihre Streitkräfte mobiler und schwerer angreifbar zu machen. Dazu dienen zum Beispiel auf Fahrzeuge montierte Raketen.

Die Ukraine habe dasselbe Konzept mit mobilen Waffen angewandt, um die russischen Streitkräfte zu schwächen, analysiert Ma Cheng-Kun, Direktor des Institute of China Military Affairs Studies an der Nationalen Defence University Taiwans. «Das ukrainische Militär hat die asymmetrische Kriegsführung sehr effektiv eingesetzt und Russlands Vormarsch bisher erfolgreich aufgehalten», fügt Ma hinzu, der auch Regierungsberater für China-Politik ist. «Das ist genau das, was unsere Streitkräfte entwickelt haben», sagt er und verweist auf Waffen wie die leichte, im eigenen Land entwickelte Kestrel-Schulterrakete zur Bekämpfung von Panzern, die für den Nahkampf entwickelt wurde. Taiwan hat zudem Raketen entwickelt, die weit nach China hineinreichen können. Das Verteidigungsministerium teilte mit, die jährliche Raketenproduktionskapazität solle in diesem Jahr auf fast 500 verdoppelt werden, einschliesslich der verbesserten Version der Hsiung-Feng-IIE-Rakete sowie der Hsiung-Sheng-Landrakete mit längerer Reichweite.

Es gibt jedoch grosse Unterschiede zwischen den Positionen Taiwans und der Ukraine: Taiwans Regierung hat beispielsweise wiederholt auf die Insellage und die natürliche Barriere der Taiwanstrasse hingewiesen, die das Land von China trennt. Strategen zufolge kann Taiwan auch leicht Anzeichen für chinesische Militärbewegungen und Vorbereitungen für eine Invasion erkennen, bei der China Hunderttausende von Soldaten und Ausrüstung wie Schiffe mobilisieren müsste, die leicht von taiwanesischen Raketen erfasst werden könnten. Es geht allerdings nicht nur um Hardware und Vorwarnzeiten. Im Hintergrund steht die immer wiederkehrende Debatte, ob die US-Streitkräfte Taiwan im Falle eines chinesischen Angriffs tatsächlich zu Hilfe kommen würden. Washington übt sich in dieser Frage in «strategischer Ambiguität». *Sc*

CHINA

Militärbasis auf den Salomonen – oder doch nicht

Der pazifische Inselstaat Salomonen will im Rahmen seiner geplanten Partnerschaft mit China keine Militärbasen der Volksrepublik auf seinem Gebiet zulassen. Australien und Neuseeland hatten zuvor vor solchen Plänen gewarnt. «Die Regierung ist sich der Auswirkungen auf die Sicherheit bewusst, die das Beherbergen einer Militärbasis mit sich bringt», teilte das Büro von Ministerpräsident Manasseh Sogavare mit. Im März waren Pläne für eine Sicherheitspartnerschaft zwischen beiden Staaten durchgesickert. Darin hatte es geheissen, das Abkommen solle unter anderem die Unterstützung der Regierung der Salomonen durch chinesische Polizei und Militär bei Fragen der Gesellschaftsordnung und der Katastrophenabwehr umfassen. Neuseelands Ministerpräsidentin Jacinda Ardern hatte erklärt, sie sehe das Vorhaben mit Blick auf eine Militarisierung der Region mit grosser Sorge. Australien und die USA äusserten sich ähnlich. Die Salomonen mit weniger als einer Million Einwohnern liegen deutlich näher an Australien und Neuseeland als an China. *Sc*

Improvisiert: russische Panzerungen. Bild: Rob Lee/@RALee85

RUSSLAND

Noch zweitstärkste Armee weltweit?

Laut dem Global Fire Power Index verfügte Russland anfangs Januar 2022 über die zweitstärkste Armee der Welt, gleich nach den USA und dicht gefolgt von China, Indien und Japan. Im Zuge des Ukrainekrieges dürfte das Land diesen zweiten Platz eingebüsst haben, werden doch diverse Parameter wie Anzahl Waffensysteme, deren Kampfwert, Rohstoffverfügbarkeit, Industrie, Arbeitskräfte, politische und wirtschaftliche Stabilität und viele mehr für diese Berechnung beigezogen. Ein weiterer Aspekt dürfte die scheinbar nicht vorhandene Auftragstaktik sein. Im ersten Kriegsmonat wurden denn auch mehrere Generäle im Gefecht getötet. Dies dürfte ein Hinweis auf ein geringes Vertrauen seitens deren Unterstellten sein. Offenbar wurden auch viele Wehrpflichtige ohne genaue Angaben über deren Verwendungszweck in den Krieg geschickt. Die hohen Verluste im Kampf bis Mitte April dürften vor allem auf Inkompetenz auf allen Stufen zurückzuführen sein. Bis dato verlor die russische Armee laut OSINT-Quellen mehr als 2500 Fahrzeuge, davon über 450 Kampfpanzer, 250 Schützenpanzer, fast 600 Radschützenpanzer und über 700 Lastwagen. Über die Anzahl verwundeter, gefallener oder desertierter Soldaten kann nur spekuliert werden.

Ein weiterer Aspekt, der im Lichte des aktuellen Kriegs klar zum Vorschein kam, ist der schlechte Zustand von (schwerem) Gerät. Transporter mit Billig-Ersatzteilen wie Reifen, die in überladenen Lastwagen den Nachschub sicherstellen sollten, halten die Fahrten an die Frontlinien nur schlecht aus. Die Liste der Probleme liesse sich endlos erweitern.

Symbolisch für dieses integrale Versagen scheint wohl die hohe Anzahl an improvisierten Panzerungen an herkömmlichen «Soft-Skin»-Fahrzeugen zu sein. Man sieht dabei gestapeltes Rundholz an der Vorderseite von KamAZ-LKWs, Holzbretterverschläge der Fahrerkabinen oder Science-Fiction mässige Stahlverhaue vor Windschutzscheiben. Dabei schrecken die Soldaten auch nicht davor zurück, andere Fahrzeuge zu kannibalisieren. Bereits wurden zahlreiche Motorabdeckungen von gepanzerten Truppentransportern an Lastwagen entdeckt. Auch sind die so genannten «Cope-Cages», also lamellenartige Käfige auf Kampfpanzern, die vor Kriegsbeginn

als sicheres Zeichen für die bevorstehende Invasion gewertet wurden, gegen die ukrainische Panzerabwehr völlig unnütz. Im Lichte des durch den Westen organisierten Zustroms von Waffen in die Ukraine dürften die russischen Verluste weiterhin zunehmen. Letztendlich sind diese aber im Verhältnis zu den ukrainischen Streitkräften beinahe marginal. *pk*

MALI

Massaker an Zivilisten

In Mora, einer Kleinstadt mit etwa 10 000 Einwohnern in der zentralmalischen Region Mopti, kam es Ende März zu einem der grössten Massaker der vergangenen Jahre im Land. Unabhängigen Berichten zu Folge erschossen Angehörige der malischen Streitkräfte (FAMa) zusammen mit ausländischen Söldnern mehrere hundert Zivilisten. Offiziell heisst es, die FAMa führten während vier Tagen eine Sonderoperation gegen islamistische Aufständische durch. Während dieser wurden unzählige Männer in Mora und aus den umliegenden Dörfern zu kleinen Gruppen zusammengeführt und erschossen. Einige wurden im Anschluss verbrannt, andere wiederum mussten zuerst Massengräber ausheben. Kurz nach Bekanntwerden der Gräueltaten bestätigte die Armee in Bamako, dass bei einer Grossoffensive gegen einen «Aussenposten der Terroristen» 200 Personen getötet worden seien. Offizielle Zahlen gibt es nicht. Die UNO ordnete eine unabhängige Untersuchung an. Sie scheitert jedoch daran, Zugang zu dem Ort zu erhalten. Es wird davon ausgegangen, dass mindestens 300 Menschen massakriert wurden. Seit längerem steht Mora unter Kontrolle von Al-Qaida im Maghreb. Die Operation galt gemäss Augenzeugen vor allem der Volksgruppe der Fulani (frz. Peuhl), die offenbar von den (russischsprachigen) ausländischen Söldnern der Kollaboration mit den Islamisten bezichtigt wurde. Bei den Russen dürfte es sich um Angehörige der vom Kreml gesponsorten Wagner-Gruppe handeln. Diese trainiert seit Ende letztem Jahr auf Ersuchen der Militärjunta in Mali, basierend auf einer bilateralen Abmachung mit Russland, die FAMa. *pk*

▼ **Malische Armee auf Patrouille.**
Bild: Forces Armées Maliennes

Der Versicherungstipp

E-Auto. Schaden. Kein Problem.

«Braucht mein E-Auto eine spezielle Versicherung?»

Die Motorfahrzeugversicherung gilt unabhängig von der Antriebsart. Neben der obligatorischen Haftpflichtversicherung können Sie sich auch bei Ihrem umweltschonenden Fahrzeug für Teil- oder Vollkasko entscheiden. Schäden am Ladekabel sind bei Helvetia automatisch mitversichert. Halterinnen und Halter von Elektroautos oder Plug-in-Hybriden profitieren durch den Pro-Clima-Bonus von einer günstigeren Prämie und können die eigene Ladestation zu Hause versichern. Dieser Versicherungsschutz gilt bei böswilliger Beschädigung, Kurzschluss, Schäden durch Nagetiere oder unbeabsichtigter Fehlbedienung.

«Es gibt besondere Leistungen für Elektroautos.»

Auch wenn der Akku frisch aufgeladen ist, bedenken Sie, dass sich die Reichweite bei Kälte um bis zu 30 Prozent reduzieren kann. Zu den grössten Batteriefressern in der kalten Jahreszeit gehören Heizung, offene Fenster und Türen, kurze Fahrten und lange Standzeiten. Und sollten Sie doch einmal mit leerem Akku stehen bleiben, sind Sie mit unserer Assistance auf der sicheren Seite.

Patrick Zwygart
Generalagent
Generalagentur Thun

Weitere Informationen
helvetia.ch/e-auto

einfach. klar. helvetia
Ihre Schweizer Versicherung

NORWEGEN

Den Norden verteidigen

Während Russland in die Ukraine einmarschierte, hielt Norwegen eine grössere Militärübung mit internationaler Beteiligung auf ihrem Territorium ab. Mit beinahe 35000 Teilnehmenden aus 28 Nationen, 200 Flugzeugen und 50 Schiffen war «Cold Responde 22» wiederum ein Megaevent. Der Hauptteil der Übung begann am 14. und endete am 31. März 2022. Trainiert wurde hauptsächlich die Verteidigung Norwegens unter erschwerten, also winterlichen Bedingungen. Ein tragischer Zwischenfall überschattete das Manöver, als eine MV-22 Osprey bei stürmischen Wetterbedingungen in Nordnorwegen abstürzte und vier GIs ums Leben kamen.

Grenze bewachen im hohen Norden. Bild: Forsvaret

Direkt im Anschluss an die Übung wurde in Oslo bekannt, dass Norwegen seine Militärausgaben besonders für seine nördlichen Gebiete aufstocken will. Grund: die veränderte sicherheitspolitische Lage seit dem Ukraine-Krieg. Zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit werden umgerechnet 362 Mio. Euro aufgewendet. Konkret wird die nördlichste Garnison Europas in Porsanger (Finnmark) mehr Artillerie sowie eine generelle Verbesserung ihrer Infrastruktur erhalten, so Verteidigungsminister Odd Enoksen. Ebenfalls werden in Sør-Varanger mehr Soldaten und schwere Geschütze aufgestellt sowie Panzerabwehrwaffen des Typ Javelin und Panzerminen eingeführt, die eine mögliche Invasion aus dem russischen Peschenga-Tal (Oblast Murmansk) in Richtung Kirkenes verhindern sollen. Derzeit verfügt Norwegen über etwa 800 Soldaten, die die Grenze zu Russland bewachen. Nebst Rüstung wird auch die Spionageabwehr gestärkt: Knapp 53 Mio. Euro wurden gesprochen, um die Bekämpfung nachrichtendienstlicher Aktivitäten, Sabotage und Beeinflussung aus dem Ausland zu verstärken. Darüber hinaus soll ein neues Frühwarnsystem zur Alarmierung der Bevölkerung via Mobilfunk eingeführt werden und neue Ausrüstung und mehr Personal für den Zivilschutz bereitgestellt werden.

pk

UKRAINE

Friedenstruppen?

Wenn weder militärische Entschlossenheit, gemeinsame und zukunftsgerichtete Sicherheitspolitik, noch ein moralischer Kompass weiterhelfen, werden aktuell schnell Lösungen propagiert, die ein Problem zwar nicht beheben, aber mindestens den Anschein danach erwecken. Ungeahnte Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht, Kriegsverbrechen und Gräueltaten befeuern denn auch das Anliegen: Friedenstruppen für die Ukraine müssen her. Nur, wer entsendet diese? Mit welchem Auftrag? Gemeinhin wird dafür ein solides Mandat unter dem Banner der UNO-Charta benötigt. Die in einer Dringlichkeitssitzung der UNO-Generalversammlung erlassene Resolution ES-11/1 vom 2. März 2022 zum russischen Einmarsch in die Ukraine lehnen diejenigen Staaten, die nota bene etwa Vierfünftel der Weltbevölkerung ausmachen, entweder ab oder enthielten sich der Stimme. Im UN-Sicherheitsrat haben die sogenannten P5-Länder ein Vetorecht. Täter Russland verhindert damit sämtliche Bestrebungen zu einem Frieden.

Verbrannte Erde in der Ukraine. Bild: Donbas Frontliner

Käme die OSZE als Schirmherrin in Frage? Deren zivile Truppe von immerhin bis zu 1400 Beobachtern, die sich seit der Krim-Annexion 2014 im ganzen Land aufhielten, zog in den ersten Kriegstagen ab. Bleibt die NATO? Diese müsste – ohne UNO-Mandat – eine «Mission Impossible» durchführen. Friedensförderung ist seit geraumer Zeit kein Kerngeschäft der Nordatlantikallianz mehr. Zwar leistet man sich die 22 Jahre alte Mission auf dem Balkan, allein – das nötige Know-how, um in der Ukraine mit militärischen Kräften eine klassische international breit abgestützte militärische Intervention als Puffer zwecks vertrauensbildender Massnahmen zu etablieren, fehlt. Es fehlt auch die eigene Force Protection in Form der absoluten Lufthoheit. Der zuletzt von Polen bei der NATO gemachte Vorschlag zu einer Friedensmission dürfte also ein Lippenbekenntnis bleiben. Zur Diskussion stehen aber auch internationale, allenfalls unbewaffnete Militärbeobachter. Zwar ohne konkrete «Herkunftsangabe», jedoch mit dem gemeinsamen Nenner, dass sowohl die Ukraine als auch Russland diese akzeptieren. Aber noch bevor eine ausführende Organisation bestimmt würde, stellt sich vielmehr die Frage nach dem Zweck einer solchen Peace-Support-Operation. Ginge es darum, entmilitarisierte Gebiete zu stabilisieren oder «lediglich» einen geordneten Abzug zu überwachen? Zuerst wäre wohl ein solider Friedensvertrag nötig. Was sicher ist, auch ohne eine solche Mission wird der Wiederaufbau im gesamten Land Jahrzehnte benötigen.

pk